

LEITARTIKEL



Von Marina Kormbaki

Die Kleinen spielen groß auf

Größer hätte der Kontrast zwischen zwei Fernsehenden nicht sein können. Am Sonntag übertrugen vier Sender unter dem irreführenden Titel „Das TV-Duell“ eine reizlose Romanze mit Überlänge. Am Montag lief dann Action im Ersten – spannend, kurzweilig und erhellend. Der „Fünfkampf“, der TV-Wettstreit der fünf kleinen Parteien, erinnerte daran, dass es knistern und funkeln kann im Wahlkampf, wenn Worte auf Widerworte treffen und Weltanschauungen konkurrieren. Selten ist Fernsehen so lehrreich: Zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl weiß man nun, dass angesichts der von Angela Merkel sozialdemokratisierten CDU und der unter Martin Schulz nach kurzem Linksschwenk wieder marktliberalen SPD die Kleinen den Unterschied machen können. Die Politik der nächsten Bundesregierung wird maßgeblich davon abhängen, ob FDP oder Grüne mit am Kabinettschiff sitzen werden.

Sowohl die Liberalen als auch die Ökos haben die Chance auf eine Regierungsbeteiligung – im Gegensatz zu Linken und AfD: Mit Letzterer will niemand koalieren, und ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linken ist demoskopisch wie inhaltlich fernab des Realistischen. Nun wird auch FDP und



Von der großkoalitionären Einigkeit könnten FDP und Grüne profitieren.

Grünen oft Austauschbarkeit vorgeworfen. Tatsächlich sind beide Parteien in vielen, vor allem gesellschaftspolitischen Fragen nah beieinander: Liberale wie Grüne präsentieren sich als Modernisierer, etwa in Fragen des Lebensstils oder der Digitalisierung, und beide buhlen teils im selben großstädtischen Milieu. Ihre Chefs, Christian Lindner und Cem Özdemir, kommen prima miteinander aus; man duzt sich. Und doch treten jetzt Differenzen deutlicher hervor – und verleihen dem Bundestagswahlkampf unverhofft Spannung.

Zum Beispiel würde es einen Unterschied machen, ob der nächste Verkehrsminister ein grüner oder ein gelber wäre. Während die Grünen die Städte ertüchtigen wollen, Fahrverbote von Dieselaautos auch durchsetzen zu können, stellt die FDP geltende Grenzwerte infrage und warnt vor einer „Enteignung“ der Fahrer. Auch die Energiepolitik würde grundverschieden sein: Grüne wollen das Land mal zu 100 Prozent mit Erneuerbaren versorgt wissen, während die FDP in Nordrhein-Westfalen soeben den Mindestabstand zwischen Wohnhäusern und Windrädern auf 1500 Meter erhöht hat. Und während ein FDP-Finanzminister Griechenlands Austritt aus dem Euro forcieren würde, träte ein grüner für eine EU-Sozialpolitik ein. Man kann das Grün-oder-Gelb-Szenario für jedes Ministerium, jeden Politikbereich durchspielen – oft tun sich klare Unterschiede auf. Nun macht das aus der Wahl am 24. September noch keine Richtungswahl. Aber der Kampf um Platz drei zeigt an: Noch ist nichts entschieden, wenige Stimmen könnten den Ausschlag geben, wohin sich Deutschland in den nächsten vier Jahren entwickeln wird.

SPEAKERS' CORNER



Von Mirjam Moll

Zwei vertraute Gesichter

„Lammfromm“: Fast schon süffisant berichten die belgischen und niederländischen Medien über den Bundestagswahlkampf. Die bevorstehende Wahl findet wenig Aufmerksamkeit bei den Nachbarn – auch, weil „es niemanden zu geben scheint, der Angela Merkel von einer vierten Amtszeit abhalten kann“, wie es die belgische Zeitung „De Morgen“ schreibt. „Le Soir“ spricht von der „Unberührbaren“ und einem SPD-Kanzlerkandidaten, der „ins Leere tritt“.

Merkels Sattelfestigkeit beeindruckt Niederländer wie Belgier außerordentlich. Aus einem einfachen Grund: In Den Haag versucht man seit den Wahlen im März erfolglos, eine tragfähige Koalition zu schmieden. Der belgische Nachbar hat satte 541 Tage dafür gebraucht.

Im Brüsseler EU-Viertel wird die Wahl aus Prinzip nicht kommentiert – zumindest nicht offiziell. So oder so wird ein bekanntes Gesicht zum nächsten Gipfel im Oktober kommen, ob nun die Kanzlerin gewinnt oder der frühere EU-Parlamentspräsident. Als Kommissionschef Jean-Claude Juncker kürzlich gefragt wurde, wen er sich als Sieger erhofft, sagte er: „Erstens möchte ich Ihre Frage nicht beantworten. Zweitens bin ich Christdemokrat, wünsche mir also, dass meine Parteifamilie erfolgreich sein wird. Und drittens: Martin Schulz bleibt mein Freund.“

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Kommission Merkel lieber wäre; ebenso wie die EU-Behörde plädiert sie für ein besonnenes Vorgehen mit der Türkei, während Schulz sich dafür einsetzen will, dass die Beitrittsgespräche eingestellt werden. Oder gilt diese neue Härte nur für den Wahlkampf?

Mirjam Moll ist Korrespondentin in Brüssel.

Von Dieter Wonka

Er gehörte lange dazu. Norbert Lammert stand mit zwölf Jahren Amtszeit als Präsident des Deutschen Bundestages ebenso lang an vorderster Front des Parlaments, wie Angela Merkel an der Spitze der Bundesregierung steht. Die eine wird „Mutti“ genannt, was gelegentlich ihre Methoden zur Machterhaltung verharmlost. Der andere ist von der CDU, stand aber in den vergangenen vier Jahren gelegentlich bei den eigenen Leuten im Verdacht, das Geschäft der Minderheiten zu betreiben. Wer ihn nicht mag, nennt den Parlamentspräsidenten „Herr Unfehlbar“.

Gestern hat Lammert seine letzte Rede im Parlament gehalten. Der 68-Jährige warnte vor einem möglichen Scheitern der Demokratie. Die Deutschen wüssten aus der Geschichte, „dass auch Demokratien ausbluten können“, sagte Lammert.

Es war nur ein rednerisches Versehen, als Angela Merkel anschließend unter grölendem Gelächter von SPD, Grünen und Linken sagte: „Meine Zeit ist so gut wie vorbei.“ Gemeint war natürlich nur die eigene Redezeit am letzten Parliaments-tag dieser Großen Koalition. Aber es kam an wie ein Signal zum munteren Wettstreit der Wahlkämpfer – ganz im lammertschen Sinne.

Einmal in vier Jahren, am Schlussitzungstag der Legislaturperiode, dürfen die Volksvertreter im Bundestag frei von der Leber alle und sich ganz der Wahlkampfrede hingeben. Die Regierungsschreibstische sind leer, die Politiker möchten beweisen, dass sie auch Klartext liefern können.

Die Kanzlerin versicherte, dass mit ihr Deutschland nicht im Technikmuseum landen werde, es soll demnächst modernisiert, digitalisiert und Antriebe aller Art sollen revolutioniert werden. Sigmar Gabriel, der Vizekanzler und SPD-Solist im Dauereinsatz, lobte prompt die Regierungschefin ob ihrer Verlässlichkeit. Die groben Klötze hatte der Sozialdemokrat schon vorab bereitgestellt, als er Merkel „Unterordnung“ unter die waghalsige Rüstungspolitik von US-Präsident Donald Trump vorwarf. Andere, wie SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles oder SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, zeigten vor dem Mikrofon, dass sie auch kämpferische Kunststückchen beherrschen. Merkel habe blockiert, laivert, sei weggetaucht, wenn es in der Arbeitsmarkt-, Mieten- oder Bildungspolitik auf eine gerade tiefe Furche angekommen wäre. Es waren Reden zur Wiedervorlage, wenn es nach dem 24. September darum geht, bei der nächsten Verteilung von Machtpositionen dabei zu sein.

Das politische Schaulaufen ambitionierter Wahlkämpfer brachte die Grünen-Fraktionsvorsitzende zur Attacke von links bis rechts und das linke Duo Sahra Wagenknecht/Dietmar Bartsch zur gemeinsamen Sehnsucht nach einer Alternative, wenn doch nur die SPD mal so richtig sie selbst sein würde. Zur sichtbaren Untermauerung ihres Standortes hatte Katrin Göring-Eckardt ein grünes Kleid gewählt. Die Kanzlerin zeigte ebenfalls, wo sie steht: Sie trug einen roten Blazer und eine tief-schwarze Hose.

Im Plenum wurde meist ohne Manuskript und in wirklich freier Rede um politische Megathemen wie Verteidigungsetat, Erdogan, über fehlende Bildungsmilliarden und falsch widergegebene Politikerkritik gestritten. Es war, als ob der Bundestag nach einer mühsamen Legislaturperiode mit 80 Prozent Koalitionsabgeordneten und 20 Prozent Opposition partout noch einmal beweisen wollte, was Norbert Lammert oft und meist vergeblich angemahnt hat: Der Bundestag sei eines der kräftigsten, wirkungsmächtigsten und freiesten Parlamente, müsse aber noch lernen, dass mehr debattiert und weniger geredet werde.

Seine Mahnung, das nächste Parlament solle sich unbedingt „den Konsens der Demokraten gegen Dogmatiker und Fundamentalisten bewahren“, brachte den Bundestag von links bis rechts zum stehend vorgelegenen Schlussapplaus.

Vier Jahre, 555 Gesetze

Es war ein würdiges Ende: Mit einem Schlagabtausch und mahnenden Worten von Bundestagspräsident Norbert Lammert hat der Bundestag nach vier Jahren Arbeit die letzte Sitzung vor der Wahl absolviert. Eine Bilanz in Zahlen.

2.01 Uhr

nachts war es, als die Bundestagssitzung am 2. Juni 2017 endlich vorbei war. Es war die längste Sitzung der Wahlperiode. In ihr wurden etliche Neuregelungen beschlossen. Von der Abschaffung des Paragrafen zur Majestätsbeleidigung über die Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen bis zu mehr Rechten für Urlauber. Die Sitzung dauerte auch deshalb so lange, weil es eine einstündige Pause gab: Die Fraktionen trafen sich zu Sondersitzungen, um über die strittigen Abschiebungen nach Afghanistan zu debattieren.

100

Autos hat die Flotte der Bundestags-Fahrbereitschaft, vor allem E-Klasse-Limousinen von Mercedes Benz. Um den Fahrdienst gab es immer wieder Streit – mal war der Betreiber insolvent, mal sorgten schlechte Arbeitsbedingungen für negative Presse.

5

Untersuchungsausschüsse gab es in dieser Legislaturperiode. Der erste befasste sich mit dem NSA-Spähskandal, der zweite sollte Licht in die Affäre um den SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy bringen. Beim dritten U-Ausschuss ging es um den Nationalsozialistischen Untergrund NSU, beim vierten um Cum/Ex-Geschäfte deutscher Banken. Der letzte U-Ausschuss befasste sich mit der Abgasaffäre.

81

Jahre alt ist der älteste Abgeordnete. Heinz Riesenhuber, geboren am 1. Dezember 1935, durfte den Titel Alterspräsident tragen. Der zweitälteste Parlamentarier war der Grüne Hans-Christian Ströbele mit 78. CDU-Mann Helmut Nowak (76) folgte auf Rang drei. Ströbele und Riesenhuber treten nicht wieder an, Nowak will es noch einmal wissen.

1 297 000

Quadratmeter Glasflächen gibt es an den Gebäuden des Bundestags. Am bekanntesten ist die von dem britischen Architekten Sir Norman Foster gestaltete gläserne Kuppel.

1855

Stunden und 55 Minuten hat der 18. Bundestag insgesamt getagt. Die Sitzungen verteilten sich auf 244 Tage. Die Zahl der Tagungsstunden ist damit leicht zurückgegangen. Der 17. Bundestag gönnte sich insgesamt 2009 Stunden und 54 Minuten Sitzungszeit.

110

Parlamentsreden hat der Augsburgener Abgeordnete Volker Ullrich (CSU, kleines Foto) in dieser Legislaturperiode gehalten. Er ist damit der fleißigste Redner des Deutschen Bundestages. Auf Rang zwei folgt die Hamburger Abgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke) mit 105 Auftritten am Rednerpult. Die niedersächsische Grünen-Abgeordnete Katja Keul belegt mit 95 Reden Rang drei. Auf den Plätzen vier und fünf folgen die Links-Politiker Eva Bulling-Schröter (86 Reden) und Herbert Behrens (73 Reden).



2986

Mitarbeiter arbeiten in der Bundestagsverwaltung. 1178 von ihnen sind Beamte. Sie sorgen für einen reibungslosen Betrieb. Zusammen mit den Mitarbeitern der Abgeordneten und Fraktionen arbeiten 6000 Menschen im Bundestag.

795 845 000

Euro Haushaltsmittel bekommt der Bundestag allein 2017. Der größte Batzen sind die Personalkosten mit 553 033 000 Euro.

555

Gesetze hat der Deutsche Bundestag verabschiedet. 434 davon brachte die Bundesregierung ein. 88 Gesetze kamen aus der Mitte des Parlamentes selbst. Der Bundesrat machte 17 mal von seiner Möglichkeit Gebrauch, Gesetze in den Bundestag einzubringen.